



# Ausfällhilfe für die Einwilligungensformulare

## Umsetzungs- und Ausfällhinweise

### Vorab:

Das Dokument erläutert umfangreich, auf welche Besonderheiten der/die Nutzer\*in bei der Erstellung einer Einwilligung im Einzelnen zu achten hat. Wir stellen sowohl eine **„Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung in die Erstellung und Nutzung personenbezogener Daten (Fotos, Ton-, Video- und Filmaufnahmen)“** als auch eine **„Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung in die Verarbeitung personenbezogener Daten“** zur Verfügung. Die Wordvorlagen sind in unserer Infothek gesondert abgelegt.

Bitte beachten Sie, dass die Formulare keine verbindliche oder abschließende Vorlage darstellen. Vielmehr müssen die einzelnen Schritte wohlwollend geprüft und auf den Einzelfall zugeschnitten werden.

Unsere Formulare dienen zur Unterstützung bei der Anfertigung und Ausgestaltung von Einwilligungen. Sie stellen keine rechtsverbindliche Handlungsanweisung dar und erheben nicht den Anspruch einer umfassenden Klärung aller Rechtsfragen zur Einwilligung.

### Ausfällhinweis:

Kritische Punkte sind farblich hervorgehoben und werden mit Fußnoten erläutert. Das Formular **„Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung in die Verarbeitung personenbezogener Daten“** eignet sich insbesondere für die Erstellung von Einwilligungen, die nicht Foto- oder Bildaufnahmen betreffen. Sie kann zum Beispiel für Forschungsvorhaben herangezogen werden.

Es ist zwingend erforderlich, dass Verantwortliche, die ihre Datenverarbeitung auf Einwilligungen stützen, sich mit den gesetzlichen Voraussetzungen hierfür auseinandersetzen.

Die Einwilligung muss nicht in Papierform eingeholt werden. Sie kann auch digital über Double-Opt-In (digital durch das Anhängen einer Checkbox) umgesetzt. Allerdings muss die Einwilligung sich konkret auf den jeweiligen Zweck beziehen. Daher ist ein Herausarbeiten der einzelnen Verarbeitungszwecke unumgänglich.

Nicht Teil dieses Formulars sind die Informationspflichten nach Art. 12 ff. DSGVO. Diese sind im Falle einer Einwilligung ebenfalls zu erfüllen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit besteht, auf Informationen, die bereits im Rahmen der Einwilligung mitgeteilt werden, im Rahmen der Informationspflichten zu verzichten.

Ebenfalls wird darauf hingewiesen, dass an die Einwilligungen zur Verarbeitung von besonderen Kategorien von Daten (Art. 9 DSGVO) sowie in Fällen des Profiling (Art. 22

DSGVO) und des Datenverkehrs in Drittländer (Art. 46 DSGVO) besondere Anforderungen an die Einwilligung zu beachten sind, die in diesem Formular nicht behandelt werden.

Genauso wird auf Art. 7 Abs. 4 DSGVO hingewiesen. Dort ist geregelt, dass die Unfreiwilligkeit dann vermutet wird, wenn das Erteilen der Einwilligung zur Bedingung der Erbringung einer Dienstleistung gemacht wird, ohne dass die von der Einwilligung betroffenen personenbezogenen Daten für diese Dienstleistung erforderlich sind (Koppelungsverbot). Das Muster enthält Endnoten, die die einzelnen Punkte näher erläutern.

### **Abschließend:**

Sofern Sie die Vorlage für Ihre Verarbeitung nutzen, denken Sie bitte daran, dass Sie noch den Informationspflichten nach Art. 12 ff. DSGVO nachkommen müssen.

Vor Weitergabe des Formulars an den Einwilligenden lassen Sie sich vorsichtshalber die Einwilligung durch, z.B. den Datenschutzkoordinator, freigeben. Denn: Ist eine Einwilligung fehlerhaft, dann gibt es auch keine Legitimation zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten und die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt im Zweifel nicht rechtmäßig!

Bei Fragen können Sie uns gerne jederzeit kontaktieren.

Stand: 08/2022



# Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung in die Erstellung und Nutzung personenbezogener Daten (Fotos, Ton-, Video- und Filmaufnahmen)

Im Rahmen **unseres Workshops/Veranstaltung** etc. wollen wir, **der Fachbereich Medientechnik**, von den Teilnehmenden Fotoaufnahmen anfertigen und ggf. zur Öffentlichkeitsarbeit unseres Fachbereiches unserer Hochschule verwenden. Wir beabsichtigen daher im Rahmen unserer Veranstaltung „**Tag der offenen Tür des Fachbereichs Medientechnik**“ am **06.12.1999**, Fotoaufnahmen zu erstellen, die wir für die unten aufgeführten Verarbeitungen nutzen wollen. Dies erfolgt auf Basis ihrer Einwilligung.<sup>1</sup>

Hiermit willige ich, **Vorname Nachname** in die Nutzung der Fotos durch die Hochschule „**Hamburger Hochschule**“ für die **Öffentlichkeitsarbeit** ein. Im Einzelnen<sup>2</sup>

- in die Abbildung der Online-Medien (sog. Social Media, z.B. Facebook, Twitter, Instagram, Communities, Foren etc.)
- in die Abbildung in Print-Medien (Hochschulmagazin „XY“ Broschüren und Flyer etc.)
- in die Veröffentlichung auf der öffentlichen Webseite der Hochschule (Homepage der Hochschule „XY“ sowie zugehörige Unterseiten)
- In die Veröffentlichung auf der internen Webseite der Hochschule
- Nennung meines Vornamens und Nachnamens

Eine Weitergabe der zur Verfügung gestellten Fotos an Dritte erfolgt nicht.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass Fotos und/oder Videos im Internet von beliebigen Personen abgerufen werden können. Es kann trotz aller technischer Vorkehrungen nicht ausgeschlossen werden, dass solche Personen die Fotos und/oder Videos weiterverwenden oder an andere Personen weitergeben.

---

<sup>1</sup> Die konkrete Art der geplanten Verarbeitung ist hier leicht verständlich und detailliert zu benennen, da sich die Einwilligung auf eine bestimmte Verarbeitung (siehe Art. 4 Nr.11 DSGVO) der personenbezogenen Daten beziehen muss. An dieser Stelle ist das geplante Vorhaben in wenigen Sätzen zu beschreiben. Die geplanten Verarbeitungsarten sind dabei einzeln zu betrachten! Bei Einwilligungen von Kindern, Jugendlichen und körperlich eingeschränkten Personen muss der Sachverhalt umfassender dargestellt werden. Wichtig ist, dass in diesem Teil eine Kurzbeschreibung des Vorhabens/der Veranstaltung erfolgt, auf die sich die Einwilligung(en) beziehen. Zu denken wäre hier an folgende Angaben:

- Beschreibung des Anlasses/Veranstaltung und Nennung des Datums
- Wer erstellt die Aufnahmen? (Bereich, Institut, Dekanat etc.)
- Vollständiger Name der einwilligenden Person

<sup>2</sup> Je nach Nutzungsvorhaben sind weitere Aufzählungen zu ergänzen. Achtung: Aufnahmen dürfen nur zu dem Zweck genutzt werden, in die die betroffene Person eingewilligt hat. Wird nur in die Fotonutzung für Print-Medien eingewilligt, sind die Aufnahmen nicht für andere Bereiche einsetzbar!



Die Einwilligung erfolgt auf freiwilliger Basis<sup>3</sup> und ich kann sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft ganz oder teilweise, auch ohne Angaben von Gründen, widerrufen. Ab Zugang der Widerrufserklärung dürfen meine Daten nicht weiterverarbeitet werden. Sie sind unverzüglich zu löschen. Durch den Widerruf meiner Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit, der bis dahin erfolgten Verarbeitung, nicht berührt.

Im Falle des Widerrufs werden die Aufnahmen von den jeweiligen Stellen entfernt. Sind die Aufnahmen im Internet verfügbar, so erfolgt die Entfernung soweit sie den Verfügungsmöglichkeiten der Hochschule unterliegt.

Meine Widerrufserklärung kann ich per E-Mail an [funktionspostfach@hochschule.de](mailto:funktionspostfach@hochschule.de) übermitteln.<sup>4</sup>

Mir wurde die Information zum Datenschutz (Art. 13 DSGVO) bei der Erhebung mitgeteilt und zur Verfügung gestellt.<sup>5</sup>

Hinweis: Aus der Verweigerung einer Einwilligung oder einem Widerruf entstehen Ihnen keine Nachteile.

---

Name, Vorname<sup>6</sup>

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

---

<sup>3</sup> Wenn zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen ein klares Ungleichgewicht herrscht, kann von einer Freiwilligkeit meist nicht ausgegangen werden. Ein sog. Machtungleichgewicht herrscht häufig bei Abhängigkeitsverhältnissen. Insbesondere bei öffentlichen Stellen oder im Verhältnis Arbeitgeber zu Arbeitnehmer ist dieses Merkmal immer besonders zu hinterfragen. (s. a. Erwägungsgrund 43 der DSGVO).

<sup>4</sup> Der Widerruf sollte für die betroffene Person so einfach wie möglich sein. Es ist sicherzustellen, dass ein erfolgter Widerruf auch die fachverantwortliche und/oder prozessverantwortliche Stelle geht und umgesetzt wird. Das Feld mit der E-Mailadresse ist entsprechend zu ergänzen.

<sup>5</sup> Informationspflichten sind ebenfalls zu erstellen!

<sup>6</sup> Einwilligungen von Kindern, Jugendlichen und körperlich eingeschränkten Personen müssen von **allen** erziehungs- bzw. weisungsberechtigten Personen unterzeichnet werden. Fehlt eine Unterschrift liegt keine gesetzeskonforme Einwilligung vor!



# Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung in die Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Rahmen **unseres Forschungsvorhaben „XYZ“** etc. wollen wir, **das Forschungskonsortium „XYZ“**, von den Forschenden den vollständigen Namen sowie die zugehörige Forschungseinrichtung auf der Webseite unseres Forschungsvorhabens veröffentlichen.<sup>7</sup>

Hiermit willige ich, **Vorname, Nachname**, in die folgende Datenverarbeitung ein<sup>8</sup>

- z.B. *In die Veröffentlichung meines Vor- und Nachnamens auf der Webseite des Forschungsvorhabens „XYZ“*
- ...
- ...

Die Verarbeitung der Daten erfolgt durch **das Forschungskonsortium „XYZ“**.<sup>9</sup>

Dabei bestehen folgende Risiken für die betroffene Person. **Optional bitte ergänzen, siehe Fußnote**<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Die konkrete Art der geplanten Verarbeitung ist hier detailliert zu benennen, da sich die Einwilligung auf eine bestimmte Verarbeitung (siehe Art. 4 Nr. 11 DSGVO) der personenbezogenen Daten beziehen muss. An dieser Stelle ist das geplante Vorhaben in wenigen Sätzen zu beschreiben. Die geplanten Verarbeitungsarten sind dabei einzeln zu betrachten! Bei Einwilligungen von Kindern, Jugendlichen und körperlich eingeschränkten Personen muss der Sachverhalt umfassender dargestellt werden. Wichtig ist, dass in diesem Teil eine Kurzbeschreibung des Vorhabens/der Veranstaltung erfolgt, auf die sich die Einwilligung(en) beziehen. Zu denken wäre hier an folgende Angaben:

- Beschreibung des Anlasses/Veranstaltung und Nennung des Datums
- Wer erstellt die Aufnahmen? (Bereich, Institut, Dekanat etc.)
- Vollständiger Name der einwilligenden Person

<sup>8</sup> Je nach Nutzungsvorhaben sind weitere Aufzählungen zu ergänzen. Bei einer Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten kann das zum Beispiel bei einer Langzeitstudie die erneute Kontaktierung von Probanden\*innen sein. Oder bei Newslettern die Speicherung der E-Mailadresse zum Versenden eines Newsletters. Die Anzahl der Auflistung bestimmt sich somit nach den tatsächlichen Umständen. Sofern keine rechtliche Legitimation besteht, muss für jede einzelne Verarbeitung von personenbezogenen Daten eine Einwilligung gegeben werden. Das bedeutet, jede einzelne Verarbeitung muss bitte in kurzer und präziser und verständlicher Sprache) Form dargestellt werden. Insbesondere, um welche Art von Daten es sich handelt: z.B. Name, Vorname; E-Mail; Adresse; Alter; etc. Zusätzlich ist die Zweckerreichung (eindeutige Zweckbestimmung) der jeweiligen Verarbeitungsart detaillierter darzustellen.

<sup>9</sup> Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen. Gegebenenfalls auch die Nennung des Fachverantwortlichen.

<sup>10</sup> Angabe nur optional: z.B. bei einer Veröffentlichung personenbezogener Daten im Internet kann ein umfassender Datenschutz nicht garantiert werden. Die betroffene Person ist auf etwaige Risiken hinzuweisen: „Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass bei einer Veröffentlichung personenbezogener Daten im Internet weltweit von jedermann auf die personenbezogenen Daten - auch mit Hilfe von "Suchmaschinen" (z.B. Google) - zugegriffen werden kann. Auf diese Weise können Persönlichkeitsprofile erstellt werden, indem diese Daten mit weiteren im Internet über Sie verfügbaren Daten verknüpft werden. Ebenso können die Daten zu anderen Zwecken genutzt werden. Archivfunktionen von Suchmaschinen (siehe z.B. [www.archive.org](http://www.archive.org)) ermöglichen gegebenenfalls auch dann noch einen Zugriff auf die Daten, wenn sie aus den oben genannten Internet-Angeboten der Hochschule bereits entfernt oder geändert wurden“.



Die Einwilligung erfolgt auf freiwilliger Basis<sup>11</sup> und ich kann sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft ganz oder teilweise, auch ohne Angaben von Gründen, widerrufen. Ab Zugang der Widerrufserklärung dürfen meine Daten nicht weiterverarbeitet werden. Sie sind unverzüglich zu löschen. Durch den Widerruf meiner Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit, der bis dahin erfolgten Verarbeitung, nicht berührt.

Sind die die personenbezogenen Daten im Internet verfügbar, so erfolgt die Entfernung soweit sie den Verfügungsmöglichkeiten der Hochschule unterliegt.

Meine Widerrufserklärung kann ich per E-Mail an [funktionspostfach@hochschule.de](mailto:funktionspostfach@hochschule.de) übermitteln.<sup>12</sup>

Mir wurde die Information zum Datenschutz (Art. 13 DSGVO) bei der Erhebung mitgeteilt und zur Verfügung gestellt.<sup>13</sup>

Hinweis: Aus der Verweigerung einer Einwilligung oder einem Widerruf entstehen Ihnen keine Nachteile.

---

Name, Vorname

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

---

<sup>11</sup> Wenn zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen ein klares Ungleichgewicht herrscht, kann von einer Freiwilligkeit nicht ausgegangen werden. Ein sog. Machtungleichgewicht herrscht häufig bei Abhängigkeitsverhältnissen. Insbesondere bei öffentlichen Stellen oder im Verhältnis Arbeitgeber zu Arbeitnehmer ist dieses Merkmal immer besonders zu hinterfragen. (s. a. Erwägungsgrund 43 der DSGVO).

<sup>12</sup> Der Widerruf sollte für die betroffene Person so einfach wie möglich sein. Es ist sicherzustellen, dass ein erfolgter Widerruf auch die fachverantwortliche und/oder prozessverantwortliche Stelle geht und umgesetzt wird. Das Feld mit der E-Mailadresse ist entsprechend zu ergänzen.

<sup>13</sup> Informationspflichten sind ebenfalls zu erstellen!

